



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/41

17. Februar 1950

"Verheerend für die Demokratie"

-dt. Der Bundeskanzler ist nervös geworden. Die Ruhe, die ihn auszeichnete, als er vor etwa einem halben Jahr das Steuerrad des Bundesschiffes ergriff, hat ihn verlassen. Er reagiert auf Kritiken in einer Form, die man, gelinde ausgedrückt, als gereizt bezeichnen kann. Das wurde besonders deutlich, als es im Bundestag zu dem "Intermezzo Kubel" kam und als kurz darauf Prof. Wölting die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung angriff. Von beiden Männern ist bekannt, dass sie Minister sind, der eine früher für Wirtschaft, jetzt für Soziales und Arbeit in Niedersachsen; der andere Wirtschaftsminister des grössten Bundeslandes. Sie versehen diese Ämter zudem schon mehrere Jahre, man wird also zugeben, dass sie von ihrem Fach etwas verstehen müssen. Die Fachkenntnisse standen aber nicht zur Debatte, als diese zwei Minister dem Bundeskanzler unliebsam auffielen. Es war auch nicht so sehr das Parteibuch der Kritiker, das dem Bundeskanzler auf die Nerven ging. Es war vielmehr die unumstössliche Tatsache, dass die Kritiker recht hatten. Wie sehr sie recht hatten, hat der Bundeskanzler erfahren, als er am Donnerstag vier Stunden lang mit der Hohen Kommission konferierte. Das hat er schon vorher gewusst und daher rührte die Nervosität, die ihn zu unbedachten Reaktionen gegen die Kritiker verleitete. Nicht mit sachlichen Argumenten antwortete der Bundeskanzler; den einen Kritiker will er über die - wie ihm dünkt - labilen Koalitionsverhältnisse Niedersachsens mundtot machen, dem anderen will er die Legitimation zur Kritik durch das Bundesverfassungs-Gericht entziehen.

Die etwas zu jähren Reaktionen des Kanzlers will nun sein Pressedienst ausbügeln. Eine schlechte Sache ist schlecht zu verteidigen, das ist auch in diesem Falle nicht anders. Darum nimmt man auch diesmal in Ermangelung besserer Argumente die angeblich bedrohte Demokratie zu Hilfe, das Allheilmittel für solche und ähnliche Fälle. Man müsse immer wieder die Frage aufwerfen, "ob

die berufenen oder unberufenen Kritiker sich eigentlich darüber im klaren sind, wie sehr sie dem demokratischen Gedanken an den Lebenskern gehen", heisst es im Deutschland-Union-Dienst u.a. Das nennt man den Spiess umkehren.

Nicht die Kritiker haben in diesem Fall der Demokratie geschadet, sondern diejenigen, die die Kritik herausgefordert haben. "Verheerend für die Demokratie" nennt der DUD "diese Art der Kritik". Verheerend, so meinen wir, ist eine Politik, die es zuwege bringt, unter Missbrauch der demokratischen Verhältnisse die Zahl der Arbeitslosen auf 1,9 Millionen anwachsen zu lassen. Vielleicht wird der DUD nun, nach der Konferenz auf dem Petersberg, auch den Hohen Kommissaren vorwerfen, dass sie verheerend für die Demokratie gewirkt haben.

Die Demokratie im neuen Deutschland hat eine grosse Aufgabe: den vielen Mitläufern von gestern und besonders der politisch noch indifferenten Jugend zu beweisen, dass das parlamentarisch-demokratische System mit den Problemen dieser Zeit fertig zu werden versteht. Das ist eine Schlacht, die nicht mit Spruchkammern gewonnen werden kann, die im Gegenteil vieles gutmachen kann, was in den Spruchkammern verdorben worden ist. Wird diese Schlacht gewonnen, dann wird das vorbereitete Gesetz zum Schutz der Verfassung kaum zur Anwendung kommen müssen und die Remer, Doris und Hedler ziehen vergeblich als Rattenfänger durch das Land. Wird die Schlacht verloren - der gegenwärtige Stand ist leider nicht sehr verheissungsvoll - dann wird für die Demokratie in Deutschland nicht mehr viel zu retten sein. Die Schuld trifft aber dann nicht diejenigen, die rechtzeitig gewarnt haben, auch wenn sie dabei nicht von Demokratie, sondern von Wirtschaftspolitik gesprochen haben.

- o - o -

Bourdin geht zur "Welt"

sp. Seit einigen Tagen verhandelt Ex-Bundespressechef Paul Bourdin in Hamburg mit der "Welt", wo zum 1. April der Posten eines Chefredakteurs zu besetzen ist. Trotz seines kürzlichen Rücktritts sitzt Bourdin in Bonn weiter in seinem Dienstzimmer. Er hat zur Zeit einen besonderen Auftrag des Kanzlers auszuführen. Die Verhandlungen mit der "Welt" sollen einen positiven Verlauf genommen haben.

- o - o -

Eine verlorene Schlacht

sp. Washington hat im kalten Krieg eine wichtige Schlacht verloren, ob an Stalin oder an Mao ist eine Frage zweiter Ordnung.

Wer von Beginn der Kreml-Gespräche an überzeugt war, dass sie mit einem wohlüberlegten, klug abgewogenen Verzicht Stalins auf ver-

briefte Rechte in China enden würden, konnte nur mit wachsender Sorge erleben, dass das amerikanische Aussenministerium immer noch

ebenso trügerischen wie gefährlichen Wunschträumen nachjagte.

Dean Acheson war schlecht beraten, als er die Moskauer Verhandlungen zwischen Stalin und Mao mit unzulänglichen Mitteln zu

stören versuchte, indem er wenig überzeugendes Dokumentenmaterial über die Sowjetisierung der nordchinesischen Randgebiete veröffent-

lichen liess. Was daran richtig war, war nicht neu, und was neu war, war völlig unzureichend belegt. Der amerikanische Aussenmi-

nister sieht sich seit Monaten in seiner Ostasienpolitik einem Trommelfeuer seiner zahlreichen politischen Gegner im eigenen Lan-

de gegenüber, die ihm mit umso grösserer Heftigkeit zusetzen, je geringer ihre Sachkunde ist. Das Fiasko der amerikanischen China-

politik, das bereits praktisch unabwendbar war, als Acheson sein schweres Amt antrat, kam aus einer kaum fassbaren Unterschätzung

Maos und der revolutionären Kräfte, die hinter ihm standen. Während der zwei Monate dauernden Kreml-Gespräche kam eine gefährliche

Unterschätzung Stalins hinzu. Das Ergebnis kann nicht verwunderlich und konnte nicht zweifelhaft sein.

Wenn Washington heute davon spricht, dass der in Moskau unterzeichnete sowjetisch-chinesische Vertrag in seinem veröffentlichten Text das Wesentliche nicht enthalte, da der Preis für die Ver-

zichtleistungen Moskaus in Geheimklauseln festgelegt sei, so ist

das ebenso wenig beweisbar wie widerlegbar. Das ändert aber an der Tatsache nichts, dass der Kreml auf die ihm 1945 unter amerika-

nischem und britischem Druck verbrieften Rechte auf die ständeschurischen Eisenbahnen, auf Port Arthur und den Hafen von Dairen

zugunsten Rotchinas verzichten will. Es ändert nichts daran, dass

dieser Vertrag auf das chinesische Volk und auf ganz Asien einen ungeheuren Eindruck machen wird, dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Und es ändert auch nichts daran, dass der neue Moskauer Pakt es den Westmächten und vor allem den Vereinigten Staaten noch viel schwerer machen wird, in Ostasien zu erfolgreichen Gegenzügen zu kommen.

Soll sich die Hoffnung des Westens erfüllen, den Vormarsch des Kommunismus in Asien wenigstens am Südeaum des gewaltigen Kontinents aufhalten zu können, dann wird die entscheidende Voraussetzung in einer kühlen und nüchternen Abschätzung der Kraft des Gegners liegen, von der Washington in den letzten Jahren allzuweit entfernt war. Gelänge der roten Flut ein Einbruch in die "Schlüssel Asiens", - Vietnam, Siam und Burma - dann ergösse sie sich unaufhaltsam weiter, bis sie auch Indien mit seinen 400 Millionen Menschen erfasst hat. Was dies für die Welt bedeutete, bedarf keines erklärenden Wortes.

fl.

- - - - -
Die ostdeutsche Benzinproduktion
- - - - -

K.H. Mit Genugtuung verfolgt man in Kreisen der sowjetischen Kontrollkommission die langwierigen Verhandlungen zwischen der Alliierten Hohen Kommission und der Bundesregierung über die Fischer-Tropsch-Anlagen. Während sich in Westdeutschland die westlichen Alliierten bemühten, den Wiederaufbau der dort gelegenen Werke zur Herstellung synthetischen Treibstoffes zu unterbinden, begann man in der Ostzone sofort nach Beendigung des Krieges auf ausdrücklichen Befehl der Sowjets mit dem systematischen Wiederaufbau der auf der mitteldeutschen Braunkohle errichteten Hydrier- und Synthesewerke.

Von den elf ostdeutschen Werken sind inzwischen die acht bedeutendsten in Sowjet-AG's verwandelt worden, während die drei kleineren Werke volkseigene Betriebe wurden. Die ostdeutsche Gesamtproduktion erreichte 1949 rund 900 000 to, wovon allein auf die drei Großwerke Tröglitz 260 000 to, Böhlen 240 000 to und Leuna

160 000 to entfielen.

Die sowjetische Kontrollkommission sicherte sich mit Hilfe der Sowjet-AG's für ihren grossen Behörden- und Truppen-Apparat den Löwenanteil der Treibstoffproduktion ihrer Zone mit etwa 45%. An zweiter Stelle steht der Bedarf der staatlich gelenkten Wirtschaft und hier vor allem der Verbrauch jener Sowjet-AGs und volkseigenen Betriebe, die die Reparationsaufträge der Sowjets ausführen; er umfasst etwa 35%. Für die übrige Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone und den privaten Benzinverbrauch verbleiben also nur knapp 20% der bedeutenden Produktion.

Ausser synthetischem Benzin werden aber auch hochwertige synthetische Schmieröle erzeugt. Aus der Braunkohlenveredelung beansprucht die sowjetische Kontrollkommission monatlich etwa 5000 to Hartparaffin und 1500 to Montanwachs, die fast ausnahmslos exportiert werden und einen bedeutenden Dollarerlös erbringen. Ausserdem wird die Braunkohlenveredelung von den Sowjets zur Gewinnung hochexplosiver Sprengstoffe und wichtiger Medikamente für die Rote Armee benutzt.

Die sowjetische Besatzungsmacht hat also das grösste Interesse an einer Steigerung dieser für sie so vorteilhaften Produktion, die mit grösster Energie vorangetrieben wird. Gleichzeitig liefert ihr aber der engstirnige Versuch zur Ausschaltung der Konkurrenz der westdeutschen synthetischen Treibstoffindustrie durch die Westalliierten eine glänzende Gelegenheit, um der Ostzonenbevölkerung gegenüber aus der unterschiedlichen Haltung der Besatzungsmächte in dieser Frage politisches Kapital zu schlagen.

 S t r e u b l u m e n

-x. Man sammelt sie sorgfältig in Körbchen, um sie möglichst durch unschuldige Hände dem ehrenwertesten unter uns aus feierlichem Anlass auf den Weg zu streuen. Man streut sie vor Kirchenportale, in offene Gräber, auf festlich gedeckte Tische, in offizielle Reden und in den Blätterwald der Zeitungen. Ein Körbchen voll verstreute

der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung" für alle die Frankfurter Herren, die nicht in die Bundesregierung mit übernommen werden konnten." Er kondolierte von Herzen. Aber nicht alles, was ihm aus Frankfurt nicht gefiel, konnte er von vornherein von Bonn fernhalten, und so waren ihm und seinen Parteifreunden doch einige Erbstücke hinterlassen, deren man sich ebensogern wie der Herren Pünder und Schlange entledigt hätte, so z.B. Hans Pödeyns.

Nachdem Professor Niklas ihn lange genug unbeschäftigt liess, und diese Taktik der Amtsbereinigung nach CDU-Gesichtspunkten allmählich auffiel, lobte man ihn endlich als deutschen Vertreter für Marshall-Aufgaben nach Washington weg. Es war ein ehrenvoller Auftrag. Aber schon vor der Blücher-Reise, die auch der Kontrolle der deutschen ECA-Kommission in Washington dienen sollte, hatte man einen Korb voller Streublumen bereit, die die deutsche Presse zierten. Selbst das offizielle Dementi Blüchers, eine Veränderung in der Leitung der deutschen Delegation in Washington sei nicht beabsichtigt, hat keine Klärung gebracht. Noch wie vor sind die Streublumen hübsch verteilt, heute hier, morgen dort. Sie sprechen von der Notwendigkeit einer Veränderung in der Leitung dieser deutschen Delegation. In einer dieser Nachrichten wird sogar offen und ehrlich der Grund genannt: eine Auslandsvertretung Deutschlands sollte nicht von einem Mann der Opposition geführt werden.

Um den Kehler Hafen

sp. Zu den brennenden Grenzproblemen der Bundesrepublik gehört die Frage des Kehler Rheinhafens und die Forderung nach der Freigabe dieses wichtigen Umschlagplatzes, der dem Hafen von Straßburg gegenüberliegt. Die Debatte um Kehl ist in Fluß gekommen, seitdem Acheson, Bevin und Schuman am 8. April 1949 in Washington ein Abkommen unterzeichneten, in dem die drei Außenminister übereinkamen, dass durch Verhandlungen zwischen den französischen und deutschen Behörden eine Vereinbarung über eine gemeinsame, bis zum Ab-

schluß des Friedensvertrages tätige Hafenverwaltung erzielt werden sollte.

Da die Stadt Kehl nach dem militärischen Zusammenbruch von allen Deutschen geräumt werden musste und in der Folgezeit nur einen französischen Brückenkopf bildete, einigten sich die Außenminister auch grundsätzlich über die Etappen, die bei der Rückführung der evakuierten Kehler eingehalten werden und in etwa drei Jahren beendet sein sollen. Inzwischen sind einige Hunderte zurückgekehrt, und die Schwierigkeiten, die ihre Neuansiedlung hemmen, wurden ins rechte Licht gerückt, als bekannt wurde, dass die südbadische Regierung Mittel aus dem Notopfer Berlin abzweigte, um den Wiederaufbau und die nötigsten Wohnungseinrichtungen der stark mitgenommenen Hafenstadt Kehl zu finanzieren.

Inzwischen werden die Verhandlungen über die Wiedereröffnung und den künftigen Status des Hafens fortgesetzt und auf beiden Seiten von Kommentaren und Argumenten begleitet. In französischen Zeitungen wird gesagt, dass es sich bei Kehl um einen "Hafen ohne Hinterland", um eine "aufgepöppelte" Konkurrenz handele. Von deutscher Seite wird der französischen Darstellung, die auf eine Festigung der Monopolstellung Strassburgs hinzielt, entgegengehalten, daß der Kehler Hafen kein Konkurrenzunternehmen nationalistischer Eigensucht, sondern nur ein Produkt konsequenter Verkehrspolitik sei, das der südwestdeutschen Wirtschaft sehr genützt habe. Die Initiative zum Ausbau des Kehler Hafens, der um 1900 fertiggestellt wurde, ging nicht von der Reichsregierung Wilhelms II. oder von kapitalistischen Interessenten aus, sondern von der badischen Staatsbahn, die schon die Erweiterung des Mannheimer Hafens gefördert hatte. Das Ziel war die Schaffung eines das rechtsrheinische Südwestdeutschland beliefernden, am Oberlauf des Flusses gelegenen Umschlagplatzes für Kohle und Getreide, der schon 1913 eine Jahreszufuhr von 439 000 to verzeichnete.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass Hitlers Gauleiter und "Reichsstatthalter" Robert Wagner den Straßburger Interessenten einst selbst das Stichwort gab, als er, den "Endsieg" vorwegnehmend, 1940 Straßburg und Kehl zu einer Stadtgemeinde vereinigte. Wagner schuf damit eine Vorstellung, die sich heute an der deutschen Wirtschaft rächt. Man müsste aber meinen, dass die schwebenden Verhandlungen um den Kehler Hafen gerade hier-angesichts der Tagungsstadt der "Europäischen Union" eine wahrhaft europäische Lösung bringen.